

Antragskommission schlägt auch hier vor, den Antrag, versehen mit dem Standpunkt des Parteivorstandes, an die Regierung weiterzuleiten. Im Antrag wird zugleich für das Weiterbestehen von Organisationen unserer Partei an den Einrichtungen der Volksbildung plädiert.

Drittens: In mehreren Anträgen wird die Eröffnung von Parteiverfahren gegen früher der Führung angehörende Mitglieder gefordert. Ferner wird beantragt, bei den ohne ordentliche Parteiverfahren Ausgeschlossenen in einer Art Berufungsverhandlung die Aussprache über Verfehlungen nachzuholen.¹⁹²

Weitere Anträge erreichten die Antragskommission mit der Forderung, daß der Parteitag sich dafür aussprechen möge, staatliche Auszeichnungen abzuerkennen für jene ehemaligen Partei- und Staatsfunktionäre, die sich der Auszeichnung unwürdig erwiesen bzw. wo Tatsachen bekannt wurden, die die Auszeichnung zur Zeit der Verleihung ausgeschlossen hätten. (*Beifall*)

Die Antragskommission schlägt vor: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Schiedskommission, dazu die entsprechenden Entscheidungen zu treffen oder Vorschläge zu unterbreiten, wenn die Untersuchungen abgeschlossen sind.

Soweit die persönlichen Gesichtspunkte von Vergangenheitsaufarbeitung, wie sie in den Anträgen vorkommen. Daneben gibt es einen Vorschlag aus der Geraer Delegation, zur Weiterführung der grundsätzlichen Klärung objektiver Bedingungen und subjektiver Einflüsse bei der Ausbreitung stalinistischer Praktiken in unserer Partei und Gesellschaft eine Geschichtskommission beim Präsidium des Parteivorstandes zu bilden.

Da wir über ein ganzes Geschichtsinstitut unserer Partei verfügen, das IML, wird es im Geiste dieses Antrages wesentlich mitzuwirken haben.¹⁹³ Die geforderte Arbeitsgruppe könnte als Sektion der Kommission Kultur- und Wissenschaftspolitik tätig werden.

Viertens: Ein Antrag ist als moralischer Aufruf an alle Mitglieder der Partei zur persönlichen Wiedergutmachung, zum Verzicht auf begünstigende materielle Bedingungen formuliert. Die Antragskommission empfiehlt, bei nachdrücklicher Unterstützung dieses Appells, darüber nicht abzustimmen, da eine Beschlußdurchführung nicht kontrollierbar wäre, aber ich wiederhole: Unterstützung dieser Idee.

Fünftens: Für diskussionswürdig halten wir einen Antrag aus der Bezirksdelegation Berlin, in welchem dem Parteitag vorgeschlagen wird, zu beschließen, die Mandate der Delegierten unseres außerordentlichen Parteitages zu verlängern, bis eine Neuwahl stattfinden wird. Die Genossen begründen das damit, daß angesichts der Umorganisation in neue Strukturen in einer Vielzahl von Grund-

192 Vgl. Anm. 178.

193 Gemeint ist das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (ab 1990: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung) mit seinem Sitz in Berlin, zu dem bis 1993 das Zentrale Parteiarchiv der SED (ZPA) gehörte.